

BLICKPUNKT GROSSBRITANNIEN

Neuer Elan für den Dritten Weg?

Die *Progressive Governance Conference* im Juli in London

Dr. Gero Maass
London, 21. Juli 2003

***Progressive governance* als Teil des weltweiten politischen Lernens**

Code Napoleon, Einkommenssteuer oder die Bismarckschen Sozialreformen - Lernen von anderen Ländern hat eine lange Tradition, wie Geoff Mulgan, einer der Hintergrundarchitekten von New Labour jüngst in einem Artikel für das neu gegründete globale Internetmagazin *opendemocracy* ausführte. Seit seinem Weggang vom Think Tank *Demos* ist er Leiter der strategischen Planungsabteilung im Amt des britischen Premierminister, als vielleicht intelligentester Kopf Tony Blairs stetig bemüht Zukunftsherausforderungen aufzuspüren und immer mit der Lizenz zur Kritik an der eigenen Regierung:

In diesem Ideenwettbewerb sei es für Großbritannien wichtig, sich selbst nicht mehr nur als Exporteur politischer Innovationen zu sehen, sondern zu akzeptieren, dass es von anderen lernen kann. Auch sei die britische Politik gezwungen, Selbstkritik zu üben und sich zu fragen, warum ihre Konzepte im internationalen Vergleich schlechter abschneiden, als sie könnten. Die Ängste vor Fremdeinfluss, die das Land daran hindern, die besten Ideen zu übernehmen, müssen überwunden werden. Fazit: bestehende Netzwerke müssen stärker genutzt werden, da jene Staaten, die in Zukunft am willigsten sind, neue Ideen zu adaptieren, am Ende diejenigen sind, die ihren Bürgern die besten Dienstleistungen geben können.

Von klassischen ideologischen Netzwerken wie der Komintern über die Netzwerke des neo-liberalen Konservatismus, über politische Stiftungen bis hin zu den heutigen Institutionen wie OECD oder WHO gibt es eine weite Bandbreite von Netzwerken, in denen Ideen weitergegeben werden. Neu hinzugekommen sind auch Internetsuchmaschinen und Websites in der Art von www.opendemocracy.net oder www.policybrief.org.

Selbst nach dem Abschied von Initiator Bill Clinton aus dem Weißen Haus treffen sich auch die "left of centre"-Regierungen regelmäßig, um über modernes Regierungen zu debattieren und Erfahrungen auszutauschen. Nach den letzten Treffen in Washington, Florenz, Berlin und Stockholm war der britische Premier im Juli 2003 Gastgeber des fünften Gipfels.

Die Suche nach dem besten Weg hat zu einem intensiven Studium von "best practices" geführt, über die Grenzen von Ländern und Kontinenten hinweg. Um die Jahrtausendwende waren in elf der fünfzehn EU-Länder Mitte-Links-Parteien oder - Koalitionen an der Regierung. Eine modernisierte Sozialdemokratie des Dritten Weges oder der Neue Mitte schien fast überall Triumphe zu feiern. In der Zwischenzeit hat sich dies, wie man weiß, beträchtlich geändert. In den Vereinigten Staaten sind die Republikaner am Ruder, in der EU dominieren die Rechten. Das Umfeld, in dem alle Mitte-Linksregierungen weltweit operieren, hat sich dabei binnen kurzer Frist dramatisch gewandelt. Im Schlaglicht des 11. September zerstob der Traum einer krisenfesten Weltwirtschaft, in der Produktivität und Bruttosozialprodukt stetig steigen.

Der Londoner Treffen sollte nach dem Willen von Tony Blair nicht nur neue Akzente setzten, sondern auch alte Partner-Parteien integrieren, die sich zurzeit im Neuaufbau auf den Oppositionsbänken befinden. Das *Policy Network* (PN) war deshalb vom britischen Premierminister mit der Organisation einer internationalen wissenschaftlichen Konferenz beauftragt wurden, die den London-Gipfel begleiten sollte. Das Network war vor zwei Jahren als in London ansässige, indes mit internationalem Anspruch antretende Organisation gegründet worden mit dem Ziel, den Austausch und Dialog der Mitte-Links-Regierungen und Bewegungen auch zwischen den Gipfeln nicht abbrechen zu lassen. Seit gut einem Jahr ist der Unterhausabgeordnete Peter Mandelson Vorsitzender des Netzwerkes. Als alter Weggefährte von Tony Blair verfügt er immer noch über exzellente Kontakte zum Premier, gibt als nachgefragter Mediengast gern auch einmal ungefragte Ratschläge.

Ziel des Gipfels und der Begleitkonferenz sollte es sein, in zentralen Bereichen neue Politikkonzepte für die Herausforderungen der nächsten Dekade zu entwickeln und zu diskutieren. Zwischen Februar und Juli tagten sieben international besetzte Arbeitsgruppen, die zum Gipfel ihre Empfehlungen präsentierten. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hatte diesen Dialog in den letzten Monaten mit gemeinsamen Veranstaltungen in Berlin, Warschau und London unterstützt.

Im Zentrum standen Fragen nach

- der zukünftigen Herausforderungen und Gestaltung des Wohlfahrtsstaates
- der Reform öffentlicher Dienste
- der Neuformulierung der Rechte, Pflichten und demokratischen Teilhabe der Bürger
- der Verantwortung von Unternehmen
- den Risiken und Chancen der wissenschaftlichen, technologischen und Umweltentwicklung
- der Migration und Integration sowie
- der globalen Verantwortung der Sozialdemokratie.

Ein müder, unspektakulärer Gipfel

Der Konferenz schloss sich der eigentliche Gipfel von 13 Regierungschefs an: von den erfahrenden *"progressive governance"* Gipfelteilnehmern Blair, Persson und Schröder, über die Neuseeländerin Helen Clark bis hin zum neuen Brasilianischen Präsidenten Lula. Durch die Teilnahme mehrerer Entwicklungs- oder Schwellenländer hat das Treffen mittlerweile den Charakter einer "Nord-Süd-Begegnung".

Konferenzen wie der unspektakulär verlaufende Gipfel wurden oft noch von den Meinungsverschiedenheiten im Zeichen der Irakkrise überschattet. Das zum Abschluss des Gipfels veröffentlichte Kommuniqué formuliert als wichtigste **innenpolitische Ziele**: Nachhaltiges und umweltverträgliches Wachstum, soziale Ausgewogenheit, Erhöhung des Engagements für Bildung und Erziehung, Bekämpfung der Kriminalität, Beteiligung der Bürger an politischen Entscheidungen und Sicherung von Beschäftigung.

Als gemeinsame Ziele auf **globaler Ebene** wurden insbesondere genannt: Sicherung der Finanzierung nachhaltigen Wachstums, zukunftsgerichtete Migrationspolitik, nachhaltige Energiepolitik, Klimaschutz, Verbesserung des Zugangs zu Gesundheitsversorgung, gemeinsame Bekämpfung des Terrorismus, Kampf gegen die Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen und Bewältigung humanitärer Krisen.

500 Gäste aus 30 Ländern – *"Three-day love-in for the international centre-left"*

Das *"three-day love-in for the international centre-left"* – so der *Economist* (18.7.03) - versammelte schließlich fast 500 Gäste aus über 30 Ländern, die neben Debatten in Arbeitsgruppen und Plenum die Gelegenheit hatten, sich aus Grundsatzreden führender sozialdemokratischen Persönlichkeiten wie Blair, Clement, Fabius, Lula und Kwasniewski ein Bild vom Zustand des Dritten Weges zu machen. Blairnahe Kabinettsmitglieder wie Patricia Hewitt, Ian McCartney, John Reid und Peter Hain ergänzten das hochrangige Konferenzprofil. Blairs Gegenspieler Schatzkanzler Gordon Brown suchte man indes vergeblich – wie Vertreter von Gewerkschaften, die sich an einer Hand leicht abzählen ließen.

Die Konferenz, so *"third way"* Erfinder und wissenschaftlicher Konferenzobmann Tony Giddens in einem Artikel für die *Süddeutsche Zeitung* (11.7.03), sollte neuen "Elan" für das politische Konzept bringen. Für Premierminister Blair ging es um die Anpassung des Dritten Weges an die Veränderungen und Neupositionierungen in der (britischen) Politik und die Auseinandersetzung mit den weltweiten Veränderungen (*The Guardian*, 10.7.03).

Geht es nach den Kritikern, ist der Dritte Weg entweder ein inhaltsloser Begriff oder ein Feigenblatt für einen gewendeten Sozialdemokraten zur Verschleierung seiner uneingeschränkten Akzeptanz des Marktes. Giddens hält dagegen:

Die Denkprozesse des Dritten Weges werden durch innovative Zielsetzungen gesteuert, ihre Impulse erhalten sie durch die Notwendigkeit, auf gesellschaftliche Veränderungen zu reagieren. Die Grundforderungen dieses Anliegens sind so relevant wie nie zuvor:

- die Restrukturierung von Staat und Regierung, um ihn stärker zu demokratisieren und zur Rechenschaft ziehen zu können;
- eine gründliche Überarbeitung des Sozialstaates, um ihn an die größten Risiken anzupassen, denen Menschen heute ausgesetzt sind;
- die Schaffung von möglichst vielen Arbeitsplätzen als vorrangiges Ziel, verbunden mit einer Arbeitsmarktreform;
- die Verpflichtung, für mehr Steuerdisziplin zu sorgen;
- Investitionen in den öffentlichen Dienst, unter der Bedingung, dass diese tief greifend reformiert werden;
- Investitionen in das Human-Kapital, das für den Erfolg in der Wissensgesellschaft von wesentlicher Bedeutung ist;
- das Ausbalancieren von Rechten und Verantwortlichkeiten der Bürger und
- eine gemeinschaftliche, multilateralistische Haltung gegenüber Globalisierung und internationalen Beziehungen.

Krisenstimmung im Stammland der *progressives* und des Dritten Weges - Blair im verflixten siebten Amtsjahr

Innenpolitisch wollte Blair die Konferenz nutzen, um die Agenda für eine dritte Amtszeit von Labour vorzuzeichnen. Seine Einführungsrede wurde wesentlich durch die Themen Armutsbekämpfung, Kriminalität und Respekt, öffentliche Dienstleistungen und dem Verhältnis von Staat und dem Einzelnen bestimmt. Da die Konferenz zudem personell wie thematisch besehen sehr angelsächsisch besetzt war, stand sie manchmal in der Gefahr, dass die internationale Beteiligung zu einer Dekoration für ein innenpolitisches Programm der britischen Regierung verkümmert.

Im Mai hatte Tony Blair seinen fünfzigsten Geburtstag und sein sechsjähriges Amtsjubiläum gefeiert. Im Mai spätestens Oktober 2005 wird mit Neuwahlen gerechnet. Stimmen aus Regierung und Partei häufen sich, das Wahlvolk darauf einzustimmen, dass man zur Erfüllung seiner Wahlversprechen eine weitere Amtsperiode bedürfe. Zweifel nagen jedoch in der Seele des Wahlvolkes, ob Blairs New Labour nach zwei historischen Wahltriumphen die Versprechen wird jemals einlösen können – das verflixte siebte Jahr stellt Blair vor eine harte Bewährungsprobe:

Auf der Habenseite: Mit 5 % Arbeitslosigkeit und Wachstumsprognosen von um die zwei Prozent für 2003/4 (2002:1,8 %) steht die Insel von der Beschäftigung wie den makroökonomischen Daten her gesehen besser dar als fast alle anderen europäischen Länder. In weltwirtschaftlichen Krisenzeiten betreibt Schatzkanzler Brown eine antizyklische Wirtschaftspolitik. Das Beschäftigungswunder wird allgemein auf die flexibleren Arbeitsmärkte zurückgeführt. Indes: Neben den neuen (oft von Teilzeit und niedrigen Einstiegsgehältern gekennzeichneten) Dienstleistungsbranchen verdankt das Land dem Ausbau öffentlicher Dienste seine Beschäftigungsbilanz.

Führungsstärke oder Krisenmanagement? Erneute Kabinettsumbildung: Seit seinem 2. Wahlsieg im Juni 2001 hat Blair Ende Juni das Kabinett zum fünften Mal umgebildet. Vor allem für die Auflösung des 1400 alten Amtes des Lordkanzlers und der Berufung seines Vertrauensmannes Lord Falconer zum "Verfassungsminister" hat der Premier heftige Kritik einstecken müssen. Der überraschende Rücktritt von Gesundheitsminister Milburn hat den *Blairism* weiter geschwächt.

Blutarmut: Seit 1994 hat die Labour Party fast die Hälfte ihrer Mitglieder verloren: von 410.000 sank die Mitgliedschaft auf unter 250.000. Mehr noch wollen viele der angeschlossenen Gewerkschaften nicht mehr automatischer Zahlmeister der Partei sein. Rund die Hälfte der Parteieinnahmen speist sich immer noch aus den Gewerkschaftsüberweisungen. Viele der "alten" Gewerkschaftsvorsitzenden mit historischem Bewusstsein für die Zusammenarbeit von Partei und Gewerkschaftsbewegung wurden gerade in den letzten zwei Jahren durch eine neue Generation, deren Verhältnis zur Partei sich wesentlich unsentimentaler gestaltet, abgelöst.

Vertrauensverlust in der Labour-Fraktion und der Bevölkerung über den Irakkrieg: Trotz aller Kritik scheint sich die britische Öffentlichkeit jedoch mit der Tatsache abgefunden zu haben, dass, wenn nicht die Massenvernichtungswaffen, so doch die Entmachtung des Diktators eine befriedigende Kriegs begründung darstellt. Indes mehren sich durch die vergebliche Suche nach den Massenvernichtungswaffen und die Kritik an schlecht recherchierten (ja aufgebauscht?) Regierungsdossiers die Zweifel an der grundsätzlichen Glaubwürdigkeit des Premiers. Diese könnten weniger für die aktuelle Irakfrage als mehr für das langfristige Image von Blair destruktive Kraft entfalten. Zurzeit gefährlicher noch wächst das Unbehagen in der Labour-Fraktion. Dies spiegelt sich auch in der Sonntagsfrage: Der Abstand zwischen Labour und den Tories verkleinert sich, einige sehen die Konservativen seit 1992 sogar erstmals wieder vorne in der Wählergunst.

Euro/pa-Unsicherheit: Angesichts der anhaltenden Anti-Euro-Stimmung (21 % dafür, 62 % dagegen) möchte die Labour-Regierung nicht nur ein vorzeitiges Euro-Referendum vermeiden, sondern auch die aufkommenden Forderungen nach einem Referendum über die Akzeptanz der Ergebnisse des Europäischen Konvents. Nur 29 % würden im Moment dafürstimmen.

Nachlassender Glauben an Labours Reform-Elan? Für die (Wieder-) Inwertsetzung öffentlicher Dienstleistungen ist New Labour 1997 und 2001 mit großen Mehrheiten gewählt worden. Die Herausforderungen im Bereich von Transport, Gesundheit und Bildung sind trotz erster Erfolge geblieben. Die Bevölkerung erwartet nach sechs Jahren statt immer neuer Planziele jetzt fühlbare Verbesserungen – die Stimmung ist zusehends pessimistisch. Ein Beispiel: in einer Befragung des Meinungsforschungsinstitutes MORI (www.mori.com, 1.7.03) meinten nur 28 %, sie seien optimistisch, dass das steuerfinanzierte Gesundheitswesen NHS besser werde – 38 % sahen eine Verschlechterung voraus. Mit Blick auf das öffentliche Transportwesen ist die Stimmung mit 23 zu 39 % sogar noch schlechter.

Gefragt ist also ein neuer Reformschwung: Für David Goodhart, den Herausgeber des politischen Monatsmagazins *Prospect* (Juli 2003, 12/13) hat New Labour trotz einiger Erfolge es bislang nicht geschafft, dem Land ein neuen politischen Stempel aufzudrücken.

Der *Economist* sieht den Dampf aus des Premiers Reformmaschine entweichen: "*Lonely and, it seems intellectually exhausted, Mr Blair may be starting to run out of time*" (21.6.03,36).

Manche politische Beobachter und Blair-Kritiker aus den eigenen Labour-Reihen meinen, dass es nicht nur neuer Ideen, sondern auch eines neuen Kandidaten bedarf, um die anschwellende Glaubwürdigkeitskrise zu meistern. Eine unausgesprochene Allianz aus Teilen des linken Labour-Flügels und einem enttäuschten Ex-Minister stößt mit ins Horn konservativer Medien. Namen vom Fraktionsvorsitzenden Peter Hain bis zu Innenminister Blunkett werden gehandelt. Schatzkanzler Brown ist jedoch weiterhin unangefochtener Kronprinz. Brown ist jedoch ein vorsichtiger Mensch. Weiß er doch, dass ihm nichts so sehr schaden würden wie eine Dolchstosslegende. Blair bleibt - indes: im Zeichen der Diskussion um *foundation hospitals* und Universitätsgebühren dürfte der Druck auf den Premier angesichts des angesichts des TUC-Gewerkschaftskongresses im September und des Labour-Parteitag im Oktober in den nächsten Monaten weiter steigen.

Neue Ideen für alte Herausforderungen? Markt und Staat - Schlüsselfragen und -begriffe der zukünftigen Debatte

Der Dritte Weg bleibt ein sozialdemokratisches Projekt der Transformation, das sich deutlich von neo-konservativen Vorstellungen unterscheidet. Im Zentrum steht für Anthony Giddens die Wiederkehr des öffentlichen Raums und öffentlicher Güter in die Debatte. Immer wieder kreisten die Diskussionen um einige neue theoretische Begriffe wie

- die "**Einbettung von Märkten**" (*embedded markets*) in ein Geflecht formeller und informeller Regelungen.
- der Übergang von einem ermöglichenden (*enabling*) zu einem **sichernden Staat** (*ensuring state*)
- das "**Management von Diversität**" (*managed diversity*). Damit ist die Fähigkeit gemeint, sehr unterschiedliche Bedürfnisse und Lebenslagen politisch aufzufangen und ihnen durch staatliche Dienstleistungen gerecht zu werden.

Die **Einbettung von Märkten** war ein wichtiges Thema von John Kay, der als einer der führenden britischen Ökonomen als freier Journalist bei der Financial Times arbeitet und die zentralen Thesen seines neuen Buches "*The Truth about Markets*" (London 2003) vorstellte. Er mahnte eindringlich, dass progressive Regierungen nicht den Markt als Wunderwaffe ansehen, sondern besser verstehen lernen sollten, wie Märkte funktionieren. Es gilt zwar zu akzeptieren, dass gut gehende Märkte und Innovation grundlegend für wirtschaftlichen Wohlstand sind und wir das Funktionieren der Märkte daher fördern müssen. Allerdings heißt das nicht, dass wir uns auf ein Minimum staatlicher Intervention beschränken sollten, ganz im Gegenteil gibt es kaum einen Fall von erfolgreicher ökonomischer Entwicklung, wo der Staat nicht eine herausragende Rolle gespielt hat. Märkte sind und müssen "eingebettet" sein in Kultur, Gesetze und Vertrauensmechanismen. Also: eine einfache Übertragung des *American Business* Modells ohne dieses formelle wie informelle Institutionengeflecht kann nur im Misserfolg enden.

Bürger und Aktionäre wollen mehr Einfluss auf die Politik der Unternehmen. Nach Jahren des Vertrauens in die großen Unternehmen, sind die Bürger kritischer geworden und erwarten, dass Umwelt- und Sozialstandards eingehalten werden, dass sie als Aktionäre mit über die Vorstandsgehälter entscheiden können und ähnliches. Der Staat sollte dieses Engagement im Rahmen der *civil economy* durch Gesetze und Steuermaßnahmen unterstützen, sollte es aber nicht dominieren. Gefragt sind Unternehmensregulierungen (*corporate governance*), die Wachstum und Gewinn mit gesellschaftlicher Verantwortung verbinden. Diese Diskussion verlief insbesondere über die Einflussnahme der Gesellschaft auf Unternehmen über die aktive Beteiligung der Arbeitnehmer an der Investitionsstrategie ihrer Pensionsfonds und die Begrenzung von Managergehältern. (*"fat cat salaries"*). **Sozialpartnerschaft** war für die Angelsachsen als Konzept fremd und blieb in seiner Bedeutung in der Diskussion der Kontinentaleuropäer vage.

Im Fall der **Privatisierung** muss sichergestellt werden, dass das staatliche Dienstleistungsmonopol nicht einfach durch ein privates Monopol ersetzt wird. Der Staat muss dafür sorgen, dass es einen Wettbewerb gibt, so dass neue Firmen einsteigen können und der Verbraucher eine wirkliche Wahl hat. Nur wenn dies gegeben ist, kann Privatisierung ein gutes Mittel sein, um öffentliche Dienstleistung effizient und nach den Wünschen der Verbraucher zu liefern.

Das Konzept des *ensuring state* ist eine Erweiterung des Konzepts des *enabling state*, das besagt, dass der Staat die Bedingungen dafür schafft, dass Bürger ihr Leben selbst gestalten können. Das Konzept des *ensuring state* erkennt an, dass der Staat zum Schutz seiner Bürger verpflichtet ist und daher eine Garantie geben muss, dass die Dienstleistung auch beim Bürger ankommt. Das heißt, dass der Staat zwar öffentliche Dienstleistung in private Hände abgeben kann, aber dafür sorgen muss, dass sie reguliert ist und der Standard gewahrt bleibt.

Sicherlich können zur Verbesserung öffentlicher Dienstleistung durch staatliche Zielvorgaben auch bewährte Modelle aus der Wirtschaft genutzt werden. Allerdings können Ideen wie der *disciplined pluralism* nicht einfach auf öffentliche Bereiche übertragen werden. So ist es zwar sinnvoll, dem öffentlichen Dienst wie in der Wirtschaft mehr Freiheit zu Eigeninitiative und einen Spielraum für Experimente zu geben. Es müssen jedoch Zielvorgaben erarbeitet werden, damit die Dienstleistung gesichert ist. Diese Zusammenarbeit brauchen wir auch zwischen Staat und Bürger. Der Dritte Weg ging davon aus, dass die Verantwortlichkeiten der Bürger durch den Staat festgelegt werden. In einem neuen Konzept der *shared responsibilities* sollen Ziele wie zum Beispiel der Umweltschutz im Dialog aufgestellt werden, wobei auch die lokale Ebene miteinbezogen werden soll.

Bei der Übertragung staatlicher Dienstleistung in den privaten Bereich muss es gewisse Schutzbereiche geben. Vor allem im Bereich der Gesundheitsversorgung müssen freie Auswahl und Wettbewerb wegen der hohen Risiken stark reguliert werden. Ansätze zu einer Verbesserung des Gesundheitssystem sind etwa die Pläne zur Einführung von *foundation hospitals* im staatlichen britischen NHS, die eine Anpassung der Versorgung an lokale Bedürfnisse und eine größere Freiheit in der Wahl des Arztes bringen sollen. Andere Bereiche, in denen aus nahe liegenden Gründen Auswahl und Wettbewerb beschränkt bleiben müssen, sind Eisenbahn, Straßen und die Feuerwehr.

Die Kritik, dass Privatisierung die Ungleichheiten in der Versorgung ansteigen lassen könnte, sei unberechtigt. Untersuchungen haben gezeigt, dass zentralisierte staatliche Dienstleistung zu einem sehr hohen Maß an Ungleichheit führt. Großbritannien zum Beispiel hatte bisher ein Gesundheitssystem, in dem die Ärmsten vergleichsweise die schlechteste Dienstleistung erhielten und die geringste Freiheit in der Wahl des Dienstleisters hatten.

Politisch gefragt – die solidarische Mitte

Die sozialdemokratischen Wahlniederlagen der letzten Jahre implizieren, dass der Dritte Weg gescheitert ist. Die Gründe für das schlechte Abschneiden der sozialdemokratischen Parteien sind aber weniger hierin zu finden als in taktischen Fehlern und Uneinigkeit in der Linken. Die Misserfolge, so Giddens, resultierten nicht aus der Anwendung des Dritten Weges, sondern daraus, dass sie nicht weit genug ging.

Zudem bedarf es neuer Ideen. Statt Kritik an anderen Modellen, muss aufgezeigt werden, *wofür* der Dritte Weg steht. Wie können wir trotz der schnellen wirtschaftlichen Veränderungen das europäische Sozialmodell aufrechterhalten und neue Formen von sozialer Sicherheit für Arbeitnehmer schaffen? Der Begriff des öffentlichen Interesses und der öffentlichen Güter muss wieder belebt werden: Eine gesunde Wirtschaft braucht gut funktionierende Märkte, aber sie braucht auch einen gut entwickelten öffentlichen Sektor, in dem der Staat eine essentielle Rolle übernimmt.

Die jüngsten Wahlerfolge der konservativen Parteien in Europa und Amerika waren nicht auf eine neue politische Ideologie zurückzuführen, vergleichbar mit dem Denken des Dritten Wegs. Der "*compassionate conservatism*" mag George W. Bush mit knapper Not zur Präsidentschaft verholfen haben, doch um eine fundierte politische Philosophie handelt es sich dabei wohl kaum. In Europa schwappte die Rechte größtenteils auf der Bugwelle des rechten Populismus zurück an die Macht. Hinter diesem populistischen Aufbegehren steckt überall die gleiche Thematik: die Ängste der Bürger vor Einwanderung, multikultureller Gesellschaft und Kriminalität. Ihre Sorgen um den Verlust der nationalen Identität in der EU, generell die Sorge um die Auswirkungen der Globalisierung sind das Reservoir, aus dem die Revolte schöpft. Diese Ängste und Sorgen, die der extremen Rechten Zulauf verschaffen, werden von einem weit größeren Teil der Bevölkerung empfunden, als aus den Wahlergebnissen jener Parteien hervorgeht. Mit ihrem Stimmenfang waren die Mitte-Rechts-Parteien deshalb so erfolgreich, weil sie einige dieser populistischen Themen normalisiert und in ihre eigenen Programmziele integriert haben.

Es gibt keinen Weg zurück: Sozialdemokratischer Wahlerfolg reiht sich immer wieder ein in die revisionistische Tradition, wie sie in der Vergangenheit unter anderem von Bernstein und Bevan, Brandt oder Crosland vertreten wurde. Wie Bernstein selbst argumentierte: "Ihr Einfluss wäre sehr viel größer, als er heute ist, wenn die Sozialdemokratie den Mut finden könnte, sich von einer Phraseologie zu emanzipieren, die wirklich veraltet ist und, wenn sie sich entscheiden könnte, als das zu erscheinen, was sie heute in Wirklichkeit ist: eine demokratische, sozialistische Reformpartei" (Bernstein, 1899).

Das klassische sozialdemokratische Wählerreservoir reicht für politische Mehrheiten nicht mehr aus. Eine "solidarische Mitte" wird sich jedoch nur bilden lassen, wenn sozialdemokratische "dritte" Wege konkreten Antworten auf die zukünftigen gesellschaftlichen Herausforderungen formulieren. Ein Mangel an engagiert formulierten Projekte und Zukunftsvisionen könnte im politischen Alltag dabei allemal durch solides Reformhandwerk auf der Basis eines klugen makroökonomischen Managements ausgeglichen werden. Die Konferenz vermochte Anregungen in folgende Richtungen geben:

1. Starke Familien sind die Grundlage kohäsiver industrieller Gemeinschaften. Die Etablierung von Sicherheit und Wohlfahrt für Kinder ist ein Grundwert der linken Mitte. Die neuen Herausforderungen für den Wohlfahrtsstaat sind eine kindergerechte Gesellschaft, die Verbindung von Erwerbstätigkeit und Kindererziehung. Soziale Ungerechtigkeit und das Armutrisiko kristallisieren sich heute oft in den Familien mit Kindern, die nach wie vor von einer Generation zur nächsten weitergegeben werden. Beruf und Kinder zu vereinen, ist auch die einzige Möglichkeit, ein neues Bevölkerungswachstum anzuregen. Es reicht nicht, nur in Bildung zu investieren, sondern es bedarf auch der Ganztagsbetreuung für Kinder und flexiblere Arbeitszeiten für Mütter (und Väter). Familie und Beruf zu vereinen, Zeiten von Arbeit und Freizeit neu zu bestimmen sind Teil einer neuen "*work-life balance*" (in den Industrieländern).
2. Eine Politik, die adäquat die zugrunde liegenden Ursachen von Straftaten angehen, gleichzeitig hart mit dem individuellen Straftäter umgehen und den Niedergang von Respekt, Vandalismus und die Angst vor steigender Kriminalität in den Kommunen angehen – dies alles auf der Grundlage des liberalen Rechtsstaates. Nicht gefragt ist ein Plädoyer für Sheriff-Mentalität.
3. Eine neue Balance formulieren zwischen der Verantwortung und den Rechten der Bürger. Die Ethik von "Chancen für alle, Verantwortung für alle" sollte nicht nur Anwendung finden im engeren staatlichen Bereich, sondern auch in Bildung, Wohlfahrt und Arbeit. Die Herausforderung für die linken politischen Parteien: neue Formen der politische Teilhabe (national, regional, lokal) und Partizipation.
4. Gefragt ist ein neuer Generationenvertrag, um den Herausforderungen einer alternden Gesellschaft zu begegnen und sicherzustellen, dass Solidarität und finanzielle Verantwortlichkeiten der jüngeren Generation gegenüber der älteren erhalten bleibt. Eine älter werdende Gesellschaft ist nicht nur eine finanzielle Frage: integriertes lebenslanges Lernen und die Werbung um die Arbeitsfähigkeit älterer Arbeitskräfte hat einen wichtigen Platz.
5. Ein Migrationskonzept, dass dem folgenden Spannungsdreieck gerecht wird: erstens, dem Kampf gegen die Ursachen von steigenden Asylbewerberzahlen, zweitens den Anspruch von sozialer und kultureller Integration von Migranten und der Sicherstellung von Rechten und Pflichten von Immigranten als Bürgern in einer, nationalen Gegebenheiten angepassten multikulturellen Gesellschaft. Und drittens dürfen die Ängste der Wählerschaft vor fortschrittlichen Migrationsvorschlägen nicht übergangen werden.

Rhetorisch beeindruckend wie immer präsentierte sich der progressive Promotor Bill Clinton. Seine wichtigsten Ratschläge angesichts der zurückgedrängten Mitte-Links-Bewegungen:

Ausgehend von den USA gibt es eine aggressive neokonservative Rechte, mit der man sich stärker auseinandersetzen muss. Diese Rechte ist "reformfreudig", will die Umverteilung nach oben, Liberalisierung und die Zurückdrängung des Staates und natürlich: Konservierung ihrer Macht. Eine progressive Bewegung, selbst wenn sie in der Regierung ist müsse deshalb immer beweglich bleiben. "*Always keep moving; always have a plan*", riet Clinton. Jede Zeit verlange immer wieder neue konkrete Antworten.

Oder in den Worten des Alt-Progressiven Willy Brandt: "Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer. Darum – besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll." (Abschiedsrede auf dem Kongress der Sozialistischen Internationale in Berlin am 15. September 1992)

zum weiterlesen im www

Weitere Informationen und Einschätzungen über New Labour und die britischen Gewerkschaften auf der Website des Londoner Büros der FES www.fes.de/london.

Geoff Mulgan, "Global comparisons in policy-making: the view from the centre", in: www.opendemocracy.net

www.Progressive-governance.net informiert über die Konferenz.

Zwei Publikationen bildeten die Basis der Diskussionen: Die Juli-Ausgabe der Zeitschrift *progressive politics* (Vol.2.2.) und das Buch "Progressive Future. New Ideas for the Centre-Left" (London July 2003). Letztere beinhaltet die Papiere der sieben Vorbereitungsarbeitsgruppen und eine Synopse von Tony Giddens. Bestellbar und zum Teil auch einsehbar unter www.policy-network.net.

Das englische Kommuniqué vom 14.7.03 ist nachzulesen auf der Website der Downing Street: www.number-10.gov.uk.

ANLAGE (in englischer Sprache): Rede von Tony Blair

Tony Blair's speech to this weekend's Progressive Governance conference in full.

This Conference sees leaders, Prime Ministers and Presidents from over 30 nations worldwide. Not just from Europe but from North and South America, Africa and New Zealand. United in our belief in progressive politics. United in our desire to see the values of progressive politics shape change. United in our determination that it is progressive politics not the right-wing that should prepare our countries for the future.

These past months have seen divisions over Iraq. But whatever those divisions, one thing we know: that for all the threats of terrorism and international security, the only true path to lasting peace is to be united also in recognising that without those values of social justice, solidarity, opportunity and security for all, the world will never prosper or be fully at peace.

We come together at a moment of great challenge. A new European Union of 25 is coming into being. In Cancun in September, we need to strike a blow for the poorer nations of the world in opening our markets to them. The world economy is in difficulty. In Germany, the SPD in Government takes on the challenge as Gerhard Schroeder argues: "if we fail to modernise ourselves, uncontrolled market forces will modernise us, and freedom will be reduced to a luxury enjoyed by the few, not the many". In France, Laurent Fabius and others know they must recover from defeat and address the future without surrendering the values that sustain them.

In each country we face the same challenges: pension and health care reform; improving the quality of education; social exclusion; drugs and crime; how to be economically competitive and socially just. The purpose of this Conference is to learn from each other. Looking around the world at what's worked and what hasn't it is becoming clearer what makes a successful social democratic government. The ingredients will vary, as will the measures, but a successful left of centre government:

- always has economic competence as the essential platform
- understands the aspirations of the public to take control over their lives
- explains and shapes the future, understanding new technology, scientific advance, the opportunities and threats from globalisation
- puts educational opportunity at the heart of its programme;
- wins the argument for investment in public services over tax cuts
- engages with and deals with the issue of asylum and has a serious policy on economic migration.
- is willing to be tough on crime but deal with the causes of crime too
- forges an alliance between middle and lower income families.

I want to share our experiences with you, as a progressive party, 18 years in Opposition, following a Thatcherite government that attacked virtually every value and tradition the left held dear. We have learnt much from Europe, from the Democrats in the US, from progressives round the world.

But here are my reflections. Yesterday interest rates in Britain fell to their lowest level for almost 50 years. It was an interesting moment for a progressive party that during 18 years of opposition had fought a continual charge of economic incompetence. We have now the lowest levels of mortgage rates and inflation for decades. But also the lowest level of unemployment. And the highest ever level of employment.

The point is we are actively combining greater economic prosperity - with living standards up around 15% since taking office - with social justice. The New Deal for the long term unemployed has virtually eradicated long-term youth unemployment in Britain. We are the only country of any comparable size in the developed world increasing public spending on health and education as a proportion of our national income. We now have the best school results we have ever achieved with dramatic improvements in primary schools that rank us 7th in the world for primary education.

Every health service indicator - inpatient and outpatient - is in better shape than 1997. Death from heart disease - due to the 57% increase in heart operations, investment in new drugs and new procedures - is down almost 20%; in cancer, down almost 9%.

We have record numbers of police officers. If we finish this term of office with crime falling - we will be the first Government since the War where crime has been lower not higher than when we came to power.

In addition, though we have taken care not to penalise the wealthy, whose success we applaud, we have, through some re-distribution of income through the National Insurance tax increase and through the tax credit system, increased living standards for the poorest families by up to 40%. A combination of the minimum wage and the WFTC now mean that families even in low paid jobs are better off working, so incentivising them to work and saving the state, unemployment benefit.

So: to anyone who says that progressive politics can't bring together economic competence and greater social justice, I say: we have done it and what's more shown that the more opportunity, the greater the prosperity. Not a trickle down effect for the few, but a bottom up transformation of opportunity and security for the many.

Now the question is this: having changed the essential paradigm of the right - you have to choose between more prosperity and more social justice - can we rise to the challenge of re-casting the welfare state and public services for the new age of globalisation in which we live? The problem here is that this challenge is as much internal as external. The dilemma of successful progressive politics is that you are always fighting on two fronts: conservatism of the right and conservatism of parts of the left. Like any army in such a position, there's always a risk that you forget the one in concentrating temporarily on the other. And of course on the left our job is to persuade and enthuse, by showing that progressive reform is the salvation, not the enemy, of the causes we believe in.

Here in Britain, the battle at the next election will be a very simple, almost traditional battle with a right more hard to the right than ever. They will fight on a platform that is: anti asylum and immigration; anti-Europe; anti the extra levels of spending, in order to give tax cuts to the few. It's the same old script with a few headings about compassion and fairness to beguile the public. When the Leader of the Conservative Party was asked recently why he called his new programme "a fair deal", he replied, somewhat disarmingly, "I don't know, you tell me".

So I will. It was to disguise the fact that beneficiaries from his policies on tax, on health, on schools, will not be actually hard-working families but the few at the top who can afford private health and education not those who depend desperately on the collective security of universal provision. As we learnt in those 18 years, fairness and the Tories tends to be an oxymoron.

So, if that's the true battle, what's the risk? That we retreat from the centre ground. We concede on modernisation and reform; whereas our true mission is precisely to fight on that centre ground, to show how we can answer the challenge of modernisation through the values of progressive politics. New Labour was successful because we fought for and won the centre ground. We must never give it up. Not in Opposition. Not now we're in Government.

And reform is the key to it because it is through reform and change we deliver social justice in the modern world. Let's be clear this challenge is not confined to Britain. Indeed what is absolutely plain from the most cursory examination of other nations is that the issues dominating our political landscape are held in common with all countries. What is driving this challenge? Globalisation - more open markets, technological revolution, mass communication and with it mass consumer tastes that constantly shift. It's making our jobs less secure. It makes the pace of change fast. It means those at work are struggling to provide for those retired or out of work. It means more people can be treated for illness but also more expensively. And throughout, as each new wave of innovation crashes through our societies, it increases massively people's expectations of what they could enjoy. So all our mechanisms of welfare that we have so proudly built come under pressure.

The response of the right is to dismantle them. Unfortunately the response of the progressive left cannot be just to defend them. In Britain, for all our success in tackling unemployment, we still have one in five adults economically inactive - with 2½ million children being brought up in families on benefit - most of them not on conventional unemployment benefit, but lone parent benefits and sickness and disability benefits. There is a risk, seen very clearly in parts of the European left that we end up defining ourselves in economic terms, as anti-globalisation; and in foreign policy terms, by anti-Americanism. Both are a cul-de-sac.

Let me focus on the former. We aren't going to stop this global change. And, in many ways, with it comes enormous opportunities. It is my conviction that it is only a modernised social democracy - the true description of the Third Way - that can offer a sensible answer to its challenge. Fundamental to this is the re-casting of the relationship between citizen and state; to one that is neither dependency; nor abandonment; but a partnership between the two based on mutual rights and responsibilities to provide opportunity and security for all in the face of globalisation. A relationship of dependency is a welfare state that simply gives to its recipients; who expect to be given to and who get what is given. It tends to be monolithic and passive. Abandonment is where much of the right want to go, where, in an increasingly insecure world, people sink or swim according to their own devices.

Partnership is not a soft word. It implies give and take on both sides. It implies that the individual has responsibilities as well as rights; that they have to do as well as to receive. It changes the nature of the state from the institution that does it all, controls it all, to one that enables. And it is far closer to what true social democracy should be about. Solidarity is a mutual concept.

What flows from this, however, is a policy agenda that is both radical and involves hard choices for our own supporters as well as our opponents. First, it means replacing monolithic, "one size fits all" state provision with a far more flexible and adaptable system that encourages innovation. Uniformity can have its own fairness, but it is too often a fairness that is levelling down. Here in Britain we are opening up our NHS and school system to new types of supplier, more flexible working by staff, rewarding high performance, and devolving power downwards to local schools, local hospitals and PCTs. The state has a responsibility to fund, to impose national standards and systems of inspection and accountability and will set certain basic rights for the consumer, for example on how long they have to wait for treatment; but otherwise we want to free up the system as far as possible. The services, as universal services, will remain free at the point of use.

Over the coming weeks, we will be setting out how choice within the NHS can be extended; announcing the first wave of foundation hospitals; and how by 2008 we will get maximum waiting times down on a rolling programme, by which time spending will be well above the current average EU and the maximum wait for an operation will be 3 months, and the average will be half this time. Our aim is eventually to introduce for each citizen, an electronic patient record; that can be used right round the NHS; with, thanks to the new fixed tariff for NHS care, the patient enabled to go anywhere within the NHS to get the treatment they need; and with the supply of care opened up to a range of providers: public, private and voluntary. But all free at the point of use. To some European colleagues this will seem familiar. To us it will be transformative.

With the science of genetics set to complicate hugely the whole business of health insurance, the NHS will take on an increased relevance to today's world, but only if fundamentally reformed to meet its challenge.

Likewise a range of new schools, state-funded but with new independent sponsors and managers, able to hire teachers and other staff more flexibly are opening up here in London and, through the specialist school system, and all over the UK.

And power and decision-making should be delegated to chief superintendents at Basic Command Unit level, those closest to the problems of each neighbourhood.

We must never be the defenders of the status quo. We are the change-makers. And however painful the change, it is worth doing because a reformed welfare state is the only way to social justice in the 21st century.

Secondly, in parts of the welfare state, like pensions and transport, we have to find new ways of funding them, based on contributions from individual citizen and state. The last Conservative Government in Britain cut the automatic link between state pension and earnings; and pushed more people into private provision. Poorer pensioners suffered miserably; many couldn't afford private provision.

When we came to power, however, we had a choice: to turn the clock back; or to modernise. We chose the latter. We accepted there had to be a balance between state and individual contribution; but we radically improved the incomes of the poorest pensioners whilst raising the income of the wealthiest by less.

Now we face a new challenge. Many companies find it hard to fund their pension provision. So we are making it easier for individuals to save, through stakeholder pensions, and through the pension credit, helping those on middle or low incomes as pensioners. And introducing a safety net for those whose private pension fund collapses. Pension households will be on average £1,250 a year better off from October this year when the pensioner credit comes into effect.

In university finance, we are tackling the challenge of rising student numbers and inadequate university funding by asking graduates, once they are earning money, to pay back some of the up-front investment the state has made in their education. The Conservative alternative is to cut student numbers, on one independent estimate by up to half a million fewer students a year by 2010. Our alternative is not to deny we need a new policy but to make it fair, so that more can go to university but the burden of funding it, is shared between those paying taxes and those benefiting from high quality education. The competitive challenge from the US, and now China and India mean that failure to act will leave few, if any, European universities in the world's top 20 within a few years.

The same is true on transport where unless, again, we balance contributions from state and citizen, we are always forced to go to the general taxpayer to fund improvements. For families with children on middle or lower incomes, we have cut taxes. We need to keep direct taxes low to incentivise work. But unless we want the result to be poorer services, we need to address the balance between what the citizen pays individually or collectively.

The third area where relations between citizen and state should change is in personal responsibility. For far too long the progressive left conceded the ground of law and order to the right, whose rhetoric was always good, if their performance was usually abysmal. Under the last Conservative Government here, crime doubled. Sometimes the centre left taking on the issue of crime is seen just as "stealing the right's clothes". Actually it is returning to our roots. In the next few months, we will have passed, in Britain, fundamental changes in our criminal justice system and new measures to tackle anti-social behaviour. By that I mean the low level disorder, vandalism - in a word, disrespect - that makes life hell for law-abiding citizens. To the national media, this issue seems trivial. It isn't. It is utterly critical to people's quality of life. Under the laws, the police will have powers to levy fines on the spot for anti-social behaviour; where youngsters are involved, the parents can be fined: crack houses can be shut and drug dealers evicted; and landlords who let them deal it, penalised. Already drug dealers assets can be seized; and the new laws will make previous convictions easier to use.

Be in no doubt. Every time a woman walking her kids along the street or an old-age pensioner sitting in their flat feel safer and are safer as a result of these laws, this will be every bit as much a blow for modern social democracy as the minimum wage or increases in child benefit. Fighting crime is a progressive cause. And yes, we are putting millions extra into Sure Start, drug rehabilitation and youth services, so that we hit the causes of crime, too. Personal responsibility and respect for others are not right wing concepts - they are fundamental to the just and decent society we believe in.

Fourth, we have to confront what we can call the 20/60/20 society. 20 per cent well off; 60 per cent reasonably off; 20 per cent left behind. Social exclusion, the creation of an underclass trapped in a cycle of poverty and deprivation, is a unique challenge for us. And the challenge is complicated by the fact they are not a majority - so any electoral appeal cannot be based solely on them; and they are often the most alienated from politics anyway. What does not work, is creating a culture of

dependency. But the right's response is therefore to cut them adrift: welfare doesn't work so let's have none of it.

We can only regenerate these deprived neighbourhoods, and only offer hope to the people in them, if we treat them with dignity. And that means treating them as equal citizens, who may need more help, but still have the same rights and duties as others. So in the New Deal, we offer people a job but they have a duty to take it. The Sure Start programme for poor areas encourages families to turn up and take responsibility for their children, as well as offering help. Our multi-billion urban regeneration programme is based locally, the money and its priorities decided locally and if its not properly used and accounted for, it doesn't get paid. And local people prefer it that way. They take control over their own lives. They look to the state to help. They look to themselves to make the help work. And that is what modern welfare should be about.

Fifth, we create a society where we make no concession to prejudice and discrimination. I am proud we have Britain's first black and black woman Cabinet Ministers. Proud to have trebled the number of women MPs. Proud to have proposed the right for gay couples to be recognised in law as heterosexual couples are. Proud to have set up Britain's first Disability Rights Commission. We have a long way to go. But the progressive left should never compromise on these issues. They are fundamental to the equality of all our citizens and the right's opposition to equality, however many votes it wins by prejudice, should never be part of our appeal.

Sixth, we need a new dialogue with those who work in our welfare state and public services. We are advocating change to the benefit of the citizen. They are affected by change; sometimes so they believe, adversely. We need public service workers' commitment in order to secure change. They do, often, a dedicated and difficult job. We have recognised that by substantially increasing public sector pay and the numbers who work in our public services. Their trade unions are part of our family. But we cannot allow change that empowers the consumer to be held back. Never forget: avoiding necessary change may be popular in the short-term; but in the long-term, it provides the ground on which the right can persuade the public that only it can bring about that change.

In the 1960s Britain had a Labour Government. It was struggling with the need to reform industry and curb trade union excess. In the end it gave up. Short-term, peace reigned. But long-term, the public knew change was necessary and so turned to the right to do it. Public service reform is the only way of renewing public services and saving them from the right.

Finally, in this re-casting of the relationship between citizen and state, we need to revitalise our means of communicating with the citizen and helping them participate in democracy. Round Europe and the USA turnout is falling. Cynicism abounds. The agenda focussed on by media and politicians often seems of little relevance. The old ways of the leaflet drop, the Party Election Broadcast, the mass rally can talk to ever fewer numbers of people. We need to use the new technology - look, for example at the Democrat Campaign in the US: to communicate more directly and personally, and to be prepared to go out and do some of the old Town Hall meetings, absorbing and answering people's concerns directly. We are introducing laws here to make it easier for people to vote, to vote where it is convenient and to change the basis of local government to give it more power and therefore more relevance to people's lives. Here, too, we must address the citizen's relations with the state; to tell them honestly that change is their responsibility as well as ours; that local schools are their responsibility as ours; that to beat local crime they need to help; that healthcare is not just the responsibility of the state but that we can affect our own health, by what we do or eat.

This is the progressive challenge in the face of globalisation. We have one great advantage. A world that is more insecure needs a political philosophy based on collective security, solidarity and mutual support. We have one great drawback. The welfare state we must reform is the one we created. We gave birth to it. We have pride in it. Rightly. But the way of demonstrating that pride is to renew it; to recognise that the citizen and the state need to meet each other on different terms to those of 1945.

In truth, today, the challenges for every nation are the same, whether of governments of right or left. Harder for us to accept but also true, in that some of the solutions also cross political boundaries. But

the way any solutions are implemented are definitively different. Our approach to the challenge of globalisation will always be different. We will always be looking to help those most in need. We will always be seeking to give access to quality health or education according to need not ability to pay. We will always be standing up for the many against the privileges or prejudices of the few. Despite some setbacks in the recent years, the centre-left, internationally, remains fundamentally more competitive and successful than a generation ago.

It is instructive to look back. In post-war decades, the norm for the major democracies outside Scandinavia was government by the right, often in association with the liberal centre, with intervals of centre-left government which usually ended up in premature failure and internal strife. This was broadly true, for the entire period from 1945 until the 1980s, of Britain, France, Germany, Italy, Australia, New Zealand and also of the United States at presidential level. And it continued to be true for many of us until the 1990s. In the entire 20th century until 1997, Labour in Britain won only two elections decisively. When Labour lost its third election in a row in 1959, a famous study after the election had the title: *Must Labour Lose?* The answer, to many, was 'yes' - because society even then in 1959, it was argued, had moved too far away from the left heartland of an organised and disadvantaged manual workforce to be a viable competitor to a Conservative Party which had captured the tide of aspiration and modernisation, and had a philosophy to match.

Our government in Britain has been in power only six years - a short time in comparison with many previous Conservative governments - yet is about to become the longest serving Labour government in the history of this country. And in most of the countries represented here, the surprise now is when the left loses an election, not when it wins it. The reason for that is simple: At the level of ideas and strategy, the left, in most of our countries, has recast itself into a broad, non-doctrinaire progressive movement. We have sought to apply our values - not outdated doctrine - to the world as it is, and opened out politically and socially to the middle ground of progressive opinion. Where we have done so fully and systematically, we have become strongly competitive, if not always victorious.

Being in power is tough. It involves tough choices; compromises; crises that you anticipate, crises that you don't. But used for a progressive purpose, it is always better than opposition. I met a group of local residents in Garston, Liverpool last week. It's one of the poorest parts of the city. But I met them in a new community centre, next to a newly built school, next to a health care centre, properly staffed by NHS staff. Sure, they still have major problems to overcome. But where there was no hope, there is hope now. And it only happened because we in the British Labour Party had the courage to change, to become New Labour and to govern in a way that helped economic growth and social justice develop together. There is no other way.